

KOMMENTARE

PAPSTKRITIK AN DER KURIE

Schonungslose Diagnose



Volker Feuerstein

Mancher Christ mag aus ganzem Herzen Beifall gespendet haben: Endlich ein Papst, der es nicht bei salbungsvollen Worten zur Verbesserung der Welt belässt, sondern auch vor der eigenen Tür kehrt. Und das mit deutlichen, wenig weihnachtlichen Worten. Mit seinem Frontalangriff auf die vatikanische Kurie macht Franziskus Ernst mit der nach seinem Amtsantritt angekündigten Reform verkrusteter Strukturen. Ob die

Macht seines Amtes und das Charisma seiner Person allerdings ausreichen, um das Netz der kirchlichen Würdenträger und Verwaltungsbeauftragten zu beeinflussen, die persönliche Vorteile vor christliche Pflichten gesetzt haben, ist fraglich.

Ein wenig fühlt man sich an die Legende von Siegfried dem Drachentöter erinnert, und man wünscht sich, dass es dem Mann aus Argentinien gelingt, den Drachen zu zähmen. Konkurrenzdenken, Gleichgültigkeit, Eitelkeit und das Ansammeln materieller Güter hat Franziskus seinen Mitarbeitern vorgeworfen und Gewissensforschung zur Rückbesinnung auf den Kern des Glaubens gefordert.

Der Sala Clementina, in dem Franziskus den Kurienmitgliedern die Leviten las, wurde zu einer Art ärztlichem Behandlungszimmer, in dem er von den 15 Krankheiten sprach, die ihm bei seinen Mitarbeitern Sorgen bereiten. Die Patienten, denen er seine Diagnose verkündete, waren „not amused“. Gequälte Mienen und zögernder Applaus zeigten, dass die Bereitschaft, der Therapie des beherzten Jesuiten nachzukommen, eher gering ist.

Innere Einkehr und gelebtes Christentum bei der Kurie sind aber die Voraussetzung für die äußeren Strukturreformen, mit denen Franziskus eine Kirche schaffen will, die die Normen des frühen Christentums mit der modernen Welt verbindet. Arroganz, Stolz und das Ansammeln von Reichtum gehören ganz gewiss nicht dazu. Das musste schon der deutsche Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst erfahren. Mit dem Nachweis seiner Verfehlungen wäre die Krankheitsanalyse des katholischen Kirchenoberhauptes bereits fällig gewesen.

Aber Franziskus wollte seine berechtigte Kritik nicht auf eine Person fokussiert haben, hinter der sich andere Sünder hätten verstecken können. Für Vatikaniker war die Ansprache denn auch eine letzte Warnung des Papstes an die Kurie. Franziskus kann es danach nicht mehr bei Worten belassen, er wird entscheiden müssen, welche Schlüsselpositionen neu besetzt werden, wenn seine Mahnungen keinen Erfolg haben.

TSUNAMI-GEDENKEN

Die Narben bleiben

Von Marcus Sauer

Die Zeit heilt alle Wunden, heißt es. Die zehn Jahre, die seit dem apokalyptischen Tsunami vergangen sind, sind eigentlich eine lange Zeit. Doch haben die bewegenden Gedenkfeiern gezeigt, wie viele Wunden nicht verheilt sind. Narben werden ohnehin immer bleiben. Dennoch hat es etliche wieder an den Ort des Grauens zurückgezogen. Auch viele Deutsche. Manche versuchen, abzuschließen mit der Katastrophe, andere wollen endlich begreifen, was kaum zu begreifen ist.

Zahllose Menschen hätten gerettet werden können, wenn das Wissen um die drohende Gefahr, das Experten rund um den Globus Stunden vor der todbringenden Welle hatten, an den Küsten Thailands, Indonesiens, Indiens oder Sri Lankas angekommen wäre. Doch gab es damals kein Frühwarnsystem in der Region, keine Ansprechpartner, keine klaren Zuständigkeiten. Unter anderem dank deutscher Hilfe gelangt heute eine Tsunami-Warnung innerhalb von maximal zehn Minuten bis an die entlegensten Strände Südasiens.



Sport macht schlank!

Karikatur: Jürgen Tomicek

GASTKOMMENTAR

Gewaltbereitschaft darf nicht zur Normalität werden

In den vergangenen Monaten befanden sich die Westbank, Ost-Jerusalem und der Gazastreifen kurz vor dem Beginn einer dritten Intifada. Fast täglich kam es zu Messerstechereien, Schusswechseln oder Attentaten auf beiden Seiten. Seit Anfang Dezember hat sich die Lage vorübergehend etwas entspannt. Wie eine repräsentative Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung in den palästinensischen Gebieten zeigt, ist die Gewaltbereitschaft auf palästinensischer Seite jedoch tiefer verwurzelt als bisher angenommen.

Die gemäßigten Kräfte um Palästinenserpräsident Mahmud Abbas verlieren zunehmend an Unterstützung. Nur noch 35 Prozent der Palästinenser sind mit seiner Regierungsführung zufrieden. Vor dem Gazakrieg lagen diese Werte immerhin noch bei 50 Prozent. Im Gegenzug gelingt es der radikalen Hamas, ihre Popularitätswerte weiter auf hohem Niveau zu stabilisieren. So könnte ihr Anführer in Gaza, Ismail Haniya, bei einer Präsidentschaftswahl in den palästinensischen Gebieten zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit 53 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit erreichen; nur noch 42 Prozent präferieren dagegen Präsident Abbas. Auch bei einer möglichen (und längst überfälligen) Wahl zur palästinensischen Legislativversammlung hätte die Hamas entsprechend der Umfrage gute Chancen, stärkste Kraft zu werden. Rund 36 Prozent der Befragten würden für die Hamas und nur 34 Prozent für die Fatah stimmen.

Gleichzeitig ist die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der gemäßigten Fatah-Führung mit Händen greifbar. Nur noch 26 Prozent der Befragten sind mit der Arbeit der Regierung zufrieden. Dieser rapide Vertrau-

HANS MARIA HEYN

analysiert die Stimmung in der Bevölkerung der palästinensischen Autonomiegebiete.



Der Autor, 1981 in Tegernsee geboren, studierte Theologie in Brüssel und Politikwissenschaften in Berlin. Seit Oktober 2012 leitet er das Auslandsbüro Ramallah der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.

ensverlust wird umso deutlicher, da noch vor sechs Monaten 61 Prozent große Hoffnungen mit der neuen politischen Führung verbanden. Hinzu kommt die Angst vieler Muslime, Israel könnte den so fragilen Status quo am Jerusalemer Tempelberg ändern und das Zugangsrecht muslimischer Gläubiger zu ihren Heiligtümern einschränken. Rund 86 Prozent der Befragten vermuten, Israel verfolge dementsprechende Pläne.

Allerdings distanzieren sich die Palästinenser deutlich von radikalen islamischen Gruppierungen wie der Terrororganisation Islamischer Staat (IS). Rund 75 Prozent betonen, der IS repräsentiere nicht den „wahren Islam“. Gleichwohl lässt sich hier eine beunruhigende Zweiteilung zwischen der Westbank und dem Gazastreifen erkennen. Denn während nur 8 Prozent in der Westbank den IS als Vertreter des wahren Islams ansehen, sind es in Gaza bereits 19 Prozent.

In der Summe zeigen alle diese Zahlen eine deutliche Verfestigung der Unterstützung für die Hamas und der damit verbundenen gewaltverherrlichenden Ideologien – und das deutlich über das Ende des letzten Gazakrieges hinaus. Durch den Beitritt in die gemeinsame Regierung unter Führung der Fatah ist es der Hamas gelungen, das eigene jahrelange Regierungsversagen in Gaza der neuen politischen Führung anzulasten.

Der sich dramatisch verschleppende Wiederaufbau im kriegszerstörten Gaza, die Zerstrittenheit der palästinensischen Führung und der fehlende Fortschritt auf dem Weg zur Erreichung eigener Staatlichkeit werden der Palästinensischen Autonomiebehörde und damit der Fatah angelastet. Der Hamas gelingt es zunehmend, trotz ihrer Unterstützung der Regierung auf nationaler Ebene seit Sommer 2014 und der alleinigen Regierungsverantwortung in Gaza seit dem Jahr 2006, sich als einzige politische Alternative darzustellen.

Sollten Abbas und die Führung in Ramallah nicht bald Erfolge auf internationaler Ebene einfahren, sich der Wiederaufbau in Gaza weiter derart verzögern und konservative oder gar extreme Kräfte bei den nächsten israelischen Knessetwahlen im März gestärkt werden, könnte dies zum Kollaps der palästinensischen Führung führen. Um dies zu verhindern, müssen Israel und die internationale Gemeinschaft jetzt alles daran setzen, den gemäßigten palästinensischen Kräften um Präsident Abbas den Rücken zu stärken.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Sächsische Zeitung

Was uns verbindet.

Kiew betreibt Symbolpolitik

Die „Sächsische Zeitung“ (Dresden) bemerkt zum Ukraine-Konflikt:

Die Nato noch weiter nach Osten auszudehnen, würde aus russischer Sicht die Balance der Kräfte verändern. Dabei ist

die Ukraine weit davon entfernt, den Beitrittskriterien des westlichen Bündnisses zu genügen. Und statt mit dringend notwendigen Reformen zu beginnen, betreibt die Kiewer Führung lieber Symbolpolitik. Angesichts der politischen und strategischen Brisanz wäre die Nato-Spitze gut beraten, bei den Ukrainern nicht länger unerfüllbare Hoffnungen zu wecken. Sie sollte klar und deutlich sagen, dass es mit einem Beitritt auf lange Sicht nichts wird.

LE FIGARO

Frankreich steht am Scheideweg

Der Pariser „Figaro“ meint zur Lage in Frankreich:

Frankreich ist mit 2032 Milliarden Euro verschuldet, und 2015 wird das Defizit um 90 Milliarden Euro steigen. Das Rezept zur Befreiung aus die-

sem Teufelskreis ist bekannt: Um Defizite abzubauen, kann man Steuern erhöhen, doch diese Strategie hat ihre Grenzen gezeigt. Man kann Wachstum verordnen, und wie Präsident François Hollande darauf warten, dass es sich einstellt. Die einzig wirkliche Lösung ist die Senkung öffentlicher Ausgaben. Sie wurde immer versprochen, nie eingeleitet. Wie lange wird man noch warten müssen? Die Franzosen glauben schon lange nicht mehr an den Weihnachtsmann.

EL PAÍS

Fallender Ölpreis fördert Erholung

Die Madrider Zeitung „El País“ schreibt zur Konjunktur in Europa:

Das Steigen des Dollarkurses und der Fall der Ölpreise dürften die wirtschaftliche Erholung in Europa begünstigen.

Allerdings ist kaum zu erwarten, dass der Erdölpreis dauerhaft niedrig bleibt. Der Verfall der Ölpreise birgt zudem Gefahren. Er führt zu einer Destabilisierung bestimmter Volkswirtschaften wie der russischen. Der Anstieg des Dollarkurses ist der wichtigste Motor, der die europäische Wirtschaft antreibt. Europa darf sich dadurch aber nicht dazu verleiten lassen, seine Hausaufgaben zu vernachlässigen. Die Wirtschaft benötigt Kredite, um zu wachsen und Jobs zu schaffen.